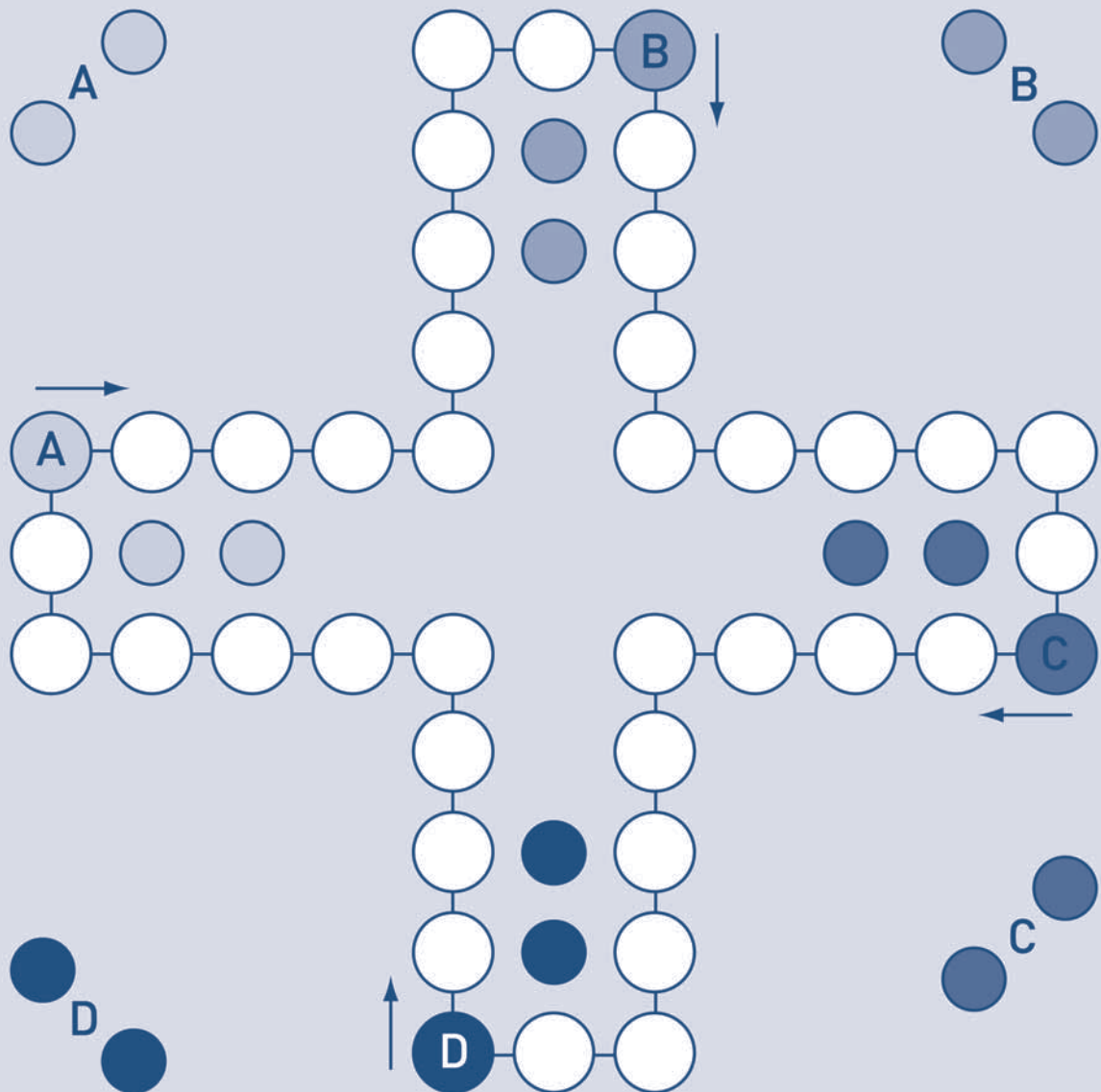


Lehrer und Schule

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Landesverband Hessen e. V. / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund



Kleine Klassen – ein pädagogisches Erfolgsrezept!?

VBE

Verband Bildung und Erziehung
Landesverband Hessen

+++ Kommentar +++

Liebe Kolleginnen und Kollegen!



Helmut Deckert

Seit wenigen Wochen hat uns die Schule wieder – und sie beschert uns ein lachendes und ein weinendes Auge zugleich. Gut ist allemal, dass die Schulen in der Regel rechtzeitig und ausreichend mit Lehrkräften versorgt wurden. Die rechtzeitige Besetzung der Stellen geht auch auf das Konto der Staatlichen Schulämter, die trotz immenser Verunsicherung zur Unzeit in den letzten Wochen Großes geleistet haben. Der VBE begrüßt die Wiederbesetzung aller frei gewordenen Stellen und mahnt dies auch für die Zukunft als sogenannte demografische Rendite an.

Die gute Versorgung der Schulen ist allerdings auch der historischen hohen Arbeitszeit der hessischen Lehrkräfte zu verdanken. Hier hätte ich mir ein klärendes und dankendes Wort des Kultusministeriums schon gewünscht. Ärgerlich hingegen ist das stete Rühmen der sogenannten 100,25 %-Versorgung. Dieses Lob gilt einer Versorgung, die bei einem mittleren Stundenbedarf von 800 Wochenstunden gerade mal 2 Stunden ausmacht. Da braucht der Schulleiter weder große Kreativität noch hohe Selbstständigkeit, um diese Stunden zu verplanen, zumal auch noch diverse Religions- und Differenzierungsstunden aus der Zuweisung zu erwirtschaften sind. In den nächsten zwei Jahren müssen also noch jeweils etwa 2,5 % nachgelegt werden, um das Koalitionsversprechen einzulösen.

Schulgesetz und Lehrerbildungsgesetz sind jetzt endlich verabschiedet, aber viele erforderliche Verordnungen fehlen noch. Das liegt einfach daran, dass alles plötzlich ganz schnell gehen musste. Und so wird in der nächsten Zeit noch vieles auf die Schulen an Verwaltungsanordnungen und entsprechenden Änderungen zukommen. Ob das dann die Ruhe ist, die uns zu Beginn der Legislatur versprochen wurde?

So arbeiten auch die – neuen – Mittelstufenschulen als Modellversuch, weil das Gesetz ja noch gar nicht greifen konnte. Gerade mal 1 % der hessischen allgemeinbildenden Schulen sind es – da mag ich die Größe des Erfolges nicht abzuschätzen. Nach wie vor ist auch unklar, wie die Schulverwaltung und die Schulaufsicht umgestaltet werden sollen. Hier ist ja auch versprochen worden, bis 2014 keine Änderungen vorzunehmen. Man darf gespannt sein, was an Plänen – hoffentlich bald – auf den Tisch gelegt wird. Es wird sich dann auch erweisen, ob eine sachliche und fachliche Diskussion noch möglich ist oder es nach dem Basta-Motto geht. Liberal wäre das nicht ...

... wie auch die anstehende deutlich gekürzte Einstellung von Referendaren alles andere als der Qualität förderlich sein wird. Viele Ausbilderstellen wackeln deswegen, und wir vergeben die Chance, in den nächsten Jahren aus den Besten aussuchen zu können. Schweine-Zyklus nannte man so etwas früher.

- ↳ VBE Hessen: VBE sieht grundsätzlich gute Lehrerversorgung an den Schulen 51
- ↳ VBE Hessen mahnt schnelle Übertragung des Tarifergebnisses auf die Lehrer/-innen an..... 51
- ↳ Bildungsinvestitionen statt Steuersenkung .. 52
- ↳ Rechtsgutachten zur Gleichwertigkeit der Lehrerarbeit vorgestellt 52
- ↳ dbb Hessen protestiert 53
- ↳ VBE bei bestem Wetter auf dem Hessentag .. 54
- ↳ Ideenwettbewerb „Fürs Leben lehren“ 54
- ↳ Kinderschutzpaket – Guter Start in die Zukunft 55
- ↳ Kleine Klassen – ein pädagogisches Erfolgsrezept!? 56
- ↳ Raufen, Prügeln, Schlichten 58
- ↳ Bücher und andere Medien 60
- ↳ Aus den Regional- und Kreisverbänden 61

Ich kann auch nicht verstehen, warum man Schulämter, Studien-seminare und Schulen so verunsichern musste. Es genügt vor Ort, dass die Schullandschaft völlig unzureichend auf die Inklusion vorbereitet ist und schon jetzt allortens Gemeinsamer Unterricht mit Zuweisungen am unteren Ende der Möglichkeiten gefahren wird – wohl um hohe Fallzahlen präsentieren zu können. So haben sich hessische Schulen das sicher nicht vorgestellt, ebenso wie die immer enger zu schnallenden Gürtel bei der Verlässlichen Schule. Dazu gibt es dann keine Jubelmeldung aus Wiesbaden, sondern das dürfen die Schulen allein ausbaden. Warum ist unser Dienstherr hier eigentlich so wortkarg? Die Antwort liegt auf der Hand – es wäre wenig öffentlichkeitswirksam bei den Eltern, jedenfalls nicht positiv.

Die gebotene Sachlichkeit fällt einem auch schwer, wenn man an die Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamten – und damit die Lehrkräfte – denkt. Es beschleicht einen schon ein merkwürdiges Gefühl, wenn die Landtagsdiäten um 2,8 % erhöht werden müssen (weil es ein entsprechendes Alt-Gesetz gibt), um die Inflation auszugleichen, die hessischen Beamten aber mit 1,5 % und einer zusätzlichen halbjährigen Verschiebung noch schlechter gestellt werden sollen als die Tarifbeschäftigten. Wer bei dieser Planung noch von einer 1:1-Übertragung redet, hat irgendwie in Mathematik und Logik nicht aufgepasst ... Deshalb war es richtig, dass auch der VBE gemeinsam mit dem dbb vor dem Landtag in einer Kundgebung auf diese schreiende Ungerechtigkeit aufmerksam gemacht hat.

Gelegentlich wirft man den Gewerkschaften vor zu nörgeln, aber ein durch Sachkenntnis geprägter Pessimismus ist allemal besser als ein durch reines Wunschdenken beflügelter Optimismus. Der VBE wird deshalb mit der gebotenen Sachkenntnis und Sachlichkeit auch weiter Gutes und Schlechtes erkennen und auseinanderhalten können. Und danach handeln wir auch in Zukunft, verspricht Ihnen

Ihr Helmut Deckert (VBE-Landesvorsitzender)

VBE Hessen

VBE sieht grundsätzlich gute Lehrerversorgung an den Schulen

– Grund auch die historisch hohe Arbeitszeit der Lehrkräfte – Anerkennung der Leistungen der staatlichen Schulämter – Voraussage: Mittelstufenschule wird ein Flop – Zu wenig Lehrkräfte im gemeinsamen Unterricht

„Die hohe Zahl der Lehrkräfte in Hessen erfüllt uns mit Zufriedenheit“, sagte der hessische VBE-Landesvorsitzende zum Schulstart in Hessen, „das ist keine Frage und bedarf der Anerkennung. Leider macht es die Zahl der Lehrer nicht allein, sondern man muss auch sehen, wo und wie sie eingesetzt werden!“ fuhr Deckert fort. „Zudem beruht die Versorgung der Schulen auch auf einer historisch hohen Arbeitszeit der Lehrkräfte; hier hätte ich mir eine entsprechende Anerkennung des Ministeriums gewünscht.“

Kritisch, so Deckert, sehe der VBE die sogenannte 100,25 %-Versorgung. „Es ist ohnehin schon bei 100 % Versorgung schwierig, alle Religions- und Förderstunden abzudecken“, betonte Deckert. Und weiter: „Damit das einmal klar wird: Diese sogenannte Überversorgung führt bei einer Schule von z. B. einem Stundenbedarf von 400 Wochenstunden gerade mal zu einer (!) Stunde Mehrzuweisung. Um diese einzusetzen, brauche ich keinen selbstständigen Gestaltungsspielraum“, sagte Deckert im Hinblick auf die Überbetonung der selbstständiger werdenden Schulen.

Eine nahezu vollständige Besetzung der Stellen gehe auch auf das Konto der staatlichen Schulämter, die trotz immenser Verunsicherung in den letzten Wochen Großes geleistet hätten. „Der VBE begrüßt die Wiederbesetzung aller frei gewordenen Stellen und mahnt dies auch für die Zukunft als sogenannte demografische Rendite an“.

Hinsichtlich der Verwendung der Stellen sieht der VBE-Chef eine Schieflage: „Viele Stellen gehen zulasten der Doppeljahrgänge G 8/G 9, die man hätte vermeiden können; und die neue Mittelstufenschule wird trotz guter Versorgung nichts Entscheidendes zur Verbesserung der hessischen Schulstruktur beitragen können.“ „Zudem“, so Deckert weiter, „ist mir schleierhaft, warum ein Realschüler an der neuen Mittelstufenschule weniger Unterricht erhält als an einer eigenständigen Realschule. Das wird die Akzeptanz dieser Schulform nicht gerade erhöhen.“

Zur Zahl der neuen Mittelstufenschulen verwies Deckert darauf, dass diese Schulen gerade mal 1 % der hessischen allgemeinbildenden Schulen darstellten. Da könne man angesichts der Werbetrommel seit Jahresanfang von durchschlagendem Erfolg wohl kaum reden. Zur Versorgung allgemein sagte Deckert, man müsse in den nächsten beiden Schuljahresbeginnen nach den Worten der Ministerin ja wohl mit Zuschlägen von jeweils rund 2,5 % rechnen, wenn das Versprechen, zum Ende der Legislaturperiode 105 % Versorgung zu erreichen, erfüllt werden soll. Das werde abzuwarten sein, zumal die Inklusion eine nennenswerte Zahl von Stellen absorbieren wird, wenn das neue Schulgesetz erst einmal in das Bewusstsein der Eltern gedrungen ist. Hier befürchte der VBE Schlimmes, zumal schon jetzt selbst genehmigter gemeinsamer Unterricht häufig nur mangelhaft ausgestattet sei.

Information: Ab Dienstag werden an hessischen Schulen einschließlich der Erstklässler 800.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. Rein rechnerisch erhalten die Schulen eine Zuweisung von 100,25 %. 18 von rund 2.000 allgemeinbildenden Schulen (also rund 1 %) haben sich in einem Modellversuch zu Mittelstufenschulen umgewandelt.

III-1-2011

VBE Hessen mahnt schnelle Übertragung des Tarifergebnisses auf die Lehrerinnen und Lehrer an

– Kein Verständnis für zeitliche Verschiebung und Verschlechterung angesichts steigender Abgeordnetenbezüge – Gerechtigkeit gefordert – Besoldungswirrwarr nicht vergrößern – Gute Bildung kostet gutes Geld

„Es fällt einem schwer, sachlich zu bleiben“, sagte der hessische VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert im Hinblick auf die Anhebung der Diäten für die hessischen Landtagsabgeordneten.

Die Abgeordnetenbezüge werden zum 1.7.2011 um rund 200 Euro auf 7.141 Euro steigen. Dies entspricht einer linearen Steigerung von 2,8 v. H. Dagegen sollen die Bezüge der hessischen Beamtinnen und Beamten in 2011 um 1,5 v. H. steigen – und dies gegenüber dem Tarifabschluss um sechs Monate zeitversetzt erst ab 1.10.2011. „Das ist schäbig, unehrlich und motivationshemmend“, empörte sich der VBE-Landesvorsitzende Helmut Deckert am Rande einer VBE-Tagung. Er forderte Innenminister Boris Rhein und Kultusministerin Dorothea Henzler auf, sich im Kabinett entsprechend für eine Übertragung des Tarifergebnisses 1:1 auf die Beam-

tinnen und Beamten einzusetzen. „Angesichts der Tatsache“, so Deckert, „dass die Mehrzahl der hessischen Beamten Lehrerinnen und Lehrer sind, lässt die Absicht der Landesregierung wieder einmal erkennen, wie die Sonntagsreden über Bildung im Alltag umgesetzt werden“, monierte Deckert. „Gute Bildung kostet gutes Geld, das schließt die entsprechende Bezahlung des Personals mit ein.“

Hessen sei aus der Tarifgemeinschaft der Länder ausgetreten, um jeweils Handlungsfreiheit zu haben, eigene Abschlüsse zu tätigen. Das sei im Tarifbereich ja auch mit einem tragfähigen Ergebnis geschehen. „Wenn man aber jetzt diese Ergebnis nicht 1:1 auf die Beamten überträgt, dann zeigt das die Geringschätzung der zuverlässigen Arbeit der Beamten. Wie soll ich einem beamteten Lehrer klarmachen, dass er schlechter gestellt wird als sein im Tarifbereich beschäftigter Kollege“, fragte Deckert ironisch. „Da beschleicht einem doch der Gedanke, dass diese Landesregierung nur die Sprache des Streiks versteht. Das aber kann weder im Sinne der Regierung noch der Beamten sein“, fasste er zusammen.

Gerade der VBE, der fest und unerschütterlich am Beamtenstatus für Lehrerinnen und Lehrer festhalte, erwarte von seinem Dienstherrn die absolute Gleichbehandlung mit dem Tarifpersonal. „Wir haben in den Schulen schon genug Bezahlungswirrwarr und Ungereimtheiten. Da brauchen wir nicht noch diesen ersten Ausfluss der Schuldenbremse“, sagte Deckert, der zugleich die volle Übernahme des Tarifabschlusses für den TV-H im Beamtenbereich forderte, nämlich

- eine lineare Anhebung der Entgelte rückwirkend ab 1. April 2011 um 1,5 %
- und ab 1. März 2012 um weitere 2,6 %,
- eine Einmalzahlung von 360 Euro in 2011.

„Hat diese Landesregierung vergessen, das wir historisch und bundesweit die höchste Arbeitszeit haben? Wir mahnen dringend, keine Gerechtigkeitslücke entstehen zu lassen, die die Motivation der hessischen Lehrerinnen und Lehrer weiter behindert.“

Deckert erinnerte daran, dass nach der jüngsten Steuerschätzung Hessen Steuermehreinnahmen in Höhe von 2,2 Milliarden bis zum Jahre 2014 erwarten kann. Diese Mehreinnahmen erwirtschafteten auch die hessischen Beamten und Beamtinnen mit. Es gäbe deshalb vor dem Hintergrund der aktuellen Zahlen zur Wirtschaftsentwicklung keine Rechtfertigung für eine Schlechterstellung im öffentlichen Dienst Hessens. Wenn zugleich die Abgeordnetenbezüge erhöht würden, könne von Gerechtigkeit und Angemessenheit keine Rede mehr sein.

11-6-2011

VBE Bund Bildungsinvestitionen statt Steuersenkung

Zur angekündigten Steuersenkung ab 2013 erklärte der VBE-Bundesvorsitzende Udo Beckmann: „Steuermehreinnahmen müssen gebündelt in die Bildung investiert werden. Anstatt über Steuersenkungen zu säuseln, muss die Regierungskoalition erst mal ihre Hausaufgaben machen. Die Vorgabe des Dresdner Bildungsgipfels, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung in die Hand zu nehmen, muss endlich erfüllt werden. Die Wählerinnen und Wähler leiden nicht unter Gedächtnisschwund. Laut Forsa-Umfrage im Auftrag des VBE vom Herbst 2010 glaubten bereits 79 Prozent der Bundesbürger, dass das Ziel der Bildungsrepublik nicht ernsthaft verfolgt wird. Der VBE erwartet von den Koalitionären glaubwürdige Politik statt eines Bauchladens voller Versprechungen. Bildungsinvestitionen kommen der jungen Generation und der Volkswirtschaft zugute. Jetzige Steuersenkungen verschieben die Verantwortung für die Schulden auf kommende Generationen. Damit wird die junge Generation doppelt belastet. Man entzieht ihr Verbesserungen ihrer Bildungschancen und bürdet ihr gleichzeitig die Schuldenlast auf. Verantwortungsvolle, zukunftsgerichtete und glaubwürdige Politik sieht anders aus.“

Pd24_11

Rechtsgutachten zur Gleichwertigkeit der Lehrerarbeit vorgestellt

– VBE startet Initiative gegen soziales Ranking im
Lehrerberuf

Als „überkommenes Kastendenken“ bewertete VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann kürzlich gegenüber der Presse, „die Wertigkeit der Lehrerarbeit im Dienst-, Besoldungs- und Tarifrecht wie in der Kaiserzeit an der Schuhgröße der Schülerinnen und Schüler zu orientieren“. „Der VBE fordert die Anerkennung der Gleichwertigkeit der Lehrerarbeit“, so Beckmann. Er gab bekannt, dass der VBE unter dem Motto „Mehr Gerechtigkeit wa(a)gen“ eine Initiative gegen das soziale Ranking im Lehrerberuf startet. „Wir fordern alle, die politische Verantwortung für Bildung und Erziehung in Deutschland tragen, und insbesondere die Landesgesetzgeber zum Handeln auf“, bekräftigte der VBE-Bundesvorsitzende. Weder die Lehrerausbildung noch der schulische Bildungs- und Erziehungsauftrag, die bisher als Argumente dienten, würden die praktizierte Ungleichheit heute

noch rechtfertigen. „Lehrerarbeit in den unterschiedlichen Schulstufen ist nicht gleichartig, aber gleichwertig“, unterstrich Beckmann.

Unter Verweis auf das Gutachten „Gleiche Lehrerbesoldung als Verfassungsauftrag“ des Bielefelder Rechtsexperten Prof. Dr. Christoph Gusy im Auftrag des VBE sagte Beckmann weiter: „Für die Fortführung der bisherigen Besoldungshierarchie im Lehrerberuf enthält das Grundgesetz keine zwingenden Gründe. Wer Lehrämter weiterhin ungleich behandeln will, muss diese Ungleichheit begründen können.“ Doch laut Gutachten würden in der Lehrerausbildung für alle Lehrämter die gemeinsamen Schnittmengen überwiegen und der schulische Auftrag habe sich zum umfassenden Bildungs- und Erziehungsauftrag für alle Schulstufen gewandelt. Beckmann rief die Länder auf, sie könnten nun beweisen, wer am besten die Gleichstellung der Lehrerinnen und Lehrer in die Tat umsetze. „Einen föderalen Wettbewerb in diesem Sinne unterstützt der VBE. Die Länder haben seit der Föderalismusreform 2006 den Hut für das Dienst-, Besoldungs- und Tarifrecht auf und wollen den Wettbewerb.“ Beckmann empfahl das gründliche Studium des Gutachtens. Es führe geschichtliche Zusammenhänge, Schulentwicklungen, dienstrechtliche Tatbestände und juristische Entscheidungen zusammen.

Beckmann betonte: „Der VBE weiß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung hinter sich. 71 Prozent der Bundesbürger lehnen laut Forsa-Umfrage vom November 2009 im Auftrag des VBE eine unterschiedliche Bezahlung der Lehrer nach Schulformen ab. Das Denken der Bundesbürger ist deutlich moderner als die Politik.“

pd25_11

+++ Die putzigste Meldung +++

„Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN betreffend eine Aktuelle Stunde: Der Landtag wolle über folgenden Gegenstand eine Aktuelle Stunde abhalten: Chaos in der Lehrerbildung und Schulverwaltung verhindern – Kultusministerin Henzler stoppen.“

(Drucksache 18/4055 des Hessischen Landtages vom 16. Mai 2011)

Das hätte sich die Kultusministerin ersparen können, wenn ihre Vorhaben offen und diskussionsfähig auf dem Markt gewesen wären. So aber führt Geheimniskrämerei zu Unsicherheit bei Betroffenen und zum Planungschaos.

dbb Hessen protestiert am Rand der Bannmeile gegen Benachteiligung der Beamten bei der Besoldungsanpassung

Weitere Verschlechterungen zeichnen sich ab

„Wir wollen keine Sonderlocken, aber wir wehren uns gegen Sonderopfer für Beamte“, stellte der Landesvorsitzende des dbb Hessen, beamtenbund und tarifunion, Walter Spieß in Wiesbaden fest. Knapp 400 Beamte aus ganz Hessen waren dem Aufruf des dbb Hessen zu einer Unmutskundgebung am Rand der Bannmeile in Sichtweite zum hessischen Landtag gefolgt.



Spieß warf den Regierungsparteien vor, die Beamten in wohlfeilen Sonntagsreden für den unermüdlichen Einsatz für öffentliche Belange zu loben, in Fragen der Besoldung und der Arbeitszeit und Besoldung aber im Regen stehen zu lassen.

Die geplante um 6 bzw. 7 Monate gegenüber dem Tarifbereich zeitversetzte Besoldungserhöhung und die Verweigerung der Einmalzahlung seien nicht akzeptabel. Noch mehr treffe es zudem die Pensionäre, denen die Sonderzuwendung um 1,51 Prozent gekürzt werde. „Und dabei müssen die hessischen Beamten weiterhin die Kröte schlucken, bundesweit im öffentlichen Dienst die längste Arbeitszeit zu haben.“

„Wir fühlen uns in unserer Ablehnung der Schuldenbremse bestätigt“, rief Spieß den Kundgebungsteilnehmern zu. „Die Stellschrauben werden überall angezogen: längste Wochenarbeitszeit, Abkoppelung von der Einkommensentwicklung, fehlender Inflationsausgleich gleichbedeutend mit realem Einkommensverlust. Und zusätzliche Einschnitte bei der Beihilfe zeichnen sich schon ab!“

„Die hessischen Beamtinnen und Beamten werden das nicht hinnehmen. Der dbb Hessen wird seine Politik der kleinen Nadelstiche fortsetzen, bis Wiesbaden aufwacht“, versprach Spieß den hessischen Landtagsabgeordneten.

Pressemitteilung 15/2011

VBE bei bestem Wetter auf dem Hessentag

Bei bestem Hessentagswetter vertrat der VBE Hessen am Pfingstsonntag den dbb Hessen beim Hessentag. Das mitgebrachte Informationsmaterial, die Fragen am Glücksrad, die der VBE um Fragen zur Schule in Hessen



erweitert hatte, brachten viele Möglichkeiten, mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen. Dabei hatten Helmut Deckert, Christel Müller und Anke Schneider von der Landesleitung sowie Charlotte Göttler-Fuld und Eckhard Müller vom Regionalverband Hochtaunuskreis/Wetteraukreis sehr viel Mühe, insbesondere die ungeduldig wartenden Kinder mit Fragen und bei Bestehen des Tests mit den Gewinnen zu beglücken. Dass Kinder häufig sehr gut und besser informiert sind als Erwachsene, war keine Überraschung. Dass aber eine Grundschullehrkraft die wöchentliche Unterrichtsverpflichtung einer Grundschullehrkraft mit 27 Stunden angab, war wohl eher Wunschdenken. Auch wenn der VBE dies gerne sähe – leider nicht Realität!

Neben pädagogischen Fragestellungen gab es immer wieder Fragen zur anstehenden Gehaltserhöhung sowie zu beamten- und dienstrechtlichen Themen. In mehreren Gesprächen konnte der stellv. dbb-Landesvorsitzende und VBE-Ruhestandsexperte Thomas Müller Hilfestellung leisten und die Überprüfung von ergangenen Bescheiden zusagen.

Zusammenfassend stellten die beteiligten VBELer nach 10 Stunden Standdienst fest: „Es war anstrengend, aber wieder toll. Nächstes Jahr sind wir wieder dabei!“

Informationen Ideenwettbewerb „Fürs Leben lehren“

Willkommen bei „Fürs Leben lehren“, dem Ideenwettbewerb für Lehramtsstudentinnen und -studenten und Referendare der Sekundarstufen I und II! Ob Handyverträge, Datenschutz im Internet oder Umgang mit Geld – Verbraucherkompetenz ist ein wichtiger Bestandteil der Bildung von Kindern und Jugendlichen. Gerade in jungen Jahren ist es wichtig, Fähigkeiten zu erwerben, um den Konsumalltag erfolgreich zu gestalten. Doch noch zu selten wird das Thema im Unterricht aufgegriffen.

Ihr Unterrichtskonzept ist gefragt!

Der Ideenwettbewerb „Fürs Leben lehren“ soll die Entwicklung von Unterrichtskonzepten für die Sekundarstufen I und II im Themenfeld Verbraucherbildung fördern. Daher rufen wir mit diesem Wettbewerb Sie als angehende Lehrerinnen und Lehrer, Studierende und Referendare, auf, praxisnahe Wege der Vermittlung von Alltagskompetenzen im Schulunterricht zu finden und eigene Unterrichtskonzepte zu entwickeln. Der Wettbewerb ist Teil der 2010 von Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner ins Leben gerufenen Initiative „Verbraucherbildung – Konsumkompetenz stärken“. Ziel ist es, die Vermittlung von Alltagskompetenzen im Umgang mit Informationen, Medien und Geld, sowie mit Rechten und Pflichten als Verbraucher in der Schule zu verbessern.



Die Unterrichtskonzepte werden von einer Jury aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft beurteilt. Den Gewinnern winken neben Geldpreisen auch eine Veröffentlichung ihrer Konzepte durch den Raabe-Verlag. Einsendeschluss für Ihre Wettbewerbsbeiträge ist der 15. Januar 2012.

Alle weiteren Informationen zum Wettbewerb entnehmen Sie bitte den Teilnahmebedingungen. Machen Sie mit, wir freuen uns auf Ihre Teilnahme! Falls Sie Fragen zu den Teilnahmebedingungen haben, können Sie sich gerne an uns wenden: Wettbewerbsbüro „Fürs Leben lehren“, Telefon: 030 2 88 83 78 23 oder per E-Mail an fuerslebenlehren@neueshandeln.de.

+++ Die erstaunlichste Meldung +++

„Darüber hinaus ermöglichen wir den Schulen eine noch bessere Lehrerversorgung und mehr Gestaltungsfreiheit, ... Mit einer Lehrerzuweisung von 100,25 % sind sie somit personell über die Grundunterrichtsversorgung hinaus noch besser versorgt ... Die Schulen haben auch die Möglichkeit, die Stellen flexibler einzusetzen und den Überhang zu kapitalisieren ...

(aus dem Elternbrief zum Schuljahresbeginn 2011/2012 des HKM)

Das Gute vorweg: Die Schulen sind tatsächlich besser versorgt als in den Vorjahren. Aber: 100,25 % machen bei einer Schule mit einem Bedarf von 800 Wochenstunden gerade einmal 2 (zwei!) Stunden aus. Da ist dann bei den Schulleitern wohl wirklich Kreativität gefragt, diese zwei Stunden einzusetzen, zumal sie ja auch noch den differenzierten konfessionellen Religionsunterricht abdecken müssen. Und was dann das Kapitalisieren betrifft: 0,25 % in Geld?

Kinderschutzpaket – Guter Start in die Zukunft

Sobald Eltern ihr Kind, oder Großeltern ihren Enkel zum ersten Mal auf dem Arm halten, wollen sie nur eins: es beschützen. Besonders vor Unfällen im Alltag ist die Furcht oft groß. Was viele allerdings nicht wissen: Bleibende körperliche oder geistige Beeinträchtigungen sind viel häufiger auf Erkrankungen zurückzuführen; jedoch ist dagegen nur jedes achte Kind versichert.

Viele Eltern wägen sich in Sicherheit und setzen im Falle eines Falles auf die Hilfe vom Staat. Denen sei gesagt, dass gesetzliche Leistungen zum Beispiel aus der Unfallversicherung nur dann gezahlt werden, wenn sich ein Unfall im Kindergarten, in der Schule oder auf dem direkten Weg dorthin ereignet. Während der restlichen Zeit besteht kein Unfallschutz. Dieser Versorgungslücke sind sich viele Eltern gar nicht bewusst. Wer in weiser Voraussicht zwar eine private Unfallversicherung für sein Kind abgeschlossen hat, um diese Lücke zu schließen, sollte jedoch bedenken, dass diese nicht bei schweren Erkrankungen wie zum Beispiel Krebs leistet. Das dbb Vorsorgewerk empfiehlt daher die Absicherung über das von der DBV Deutsche Beamtenversicherung angebotene Kinderschutzpaket.

Mit dem Kinderschutzpaket können Sie Ihrem Kind ab dem dritten Lebenstag eine umfassende Absicherung mit auf den Weg geben. Bereits ab 11,80 Euro Monatsbeitrag federt es anstehende einmalige und laufende Kosten für Behandlung, Pflege und Lebensführung ab: So wird Ihnen im Ernstfall eine lebenslange monatliche Rente – wählbar zwischen 500, 1.000 und 1.500 Euro gezahlt. Ergänzend erhalten Familien einen einmaligen Kapitalbetrag von 50.000 Euro, um zum Beispiel die Wohnung behindertengerecht umbauen zu können. Bei schweren Operationen oder einer Krebsdiagnose bietet eine Sofortleistung in Höhe einer halben Jahresrente schnelle Hilfe. Müssen die Eltern ihr Kind häuslich pflegen und es dadurch zu einem Verdienstausschlag kommt, werden Sie für bis zu sechs Monate mit einem Pflegebeitrag unterstützt.

Tipp: Neben den Eltern können auch die Großeltern und Paten Versicherungsnehmer sein.

Sie haben Fragen? Die Kundenbetreuung des dbb Vorsorgewerk ist telefonisch für Sie da: Mo.–Fr. zwischen 8:00 und 18:00 Uhr unter 0180-52 22 170*.

Oder informieren Sie sich online unter www.dbb-vorsorgewerk.de

*(0,14 €/Min aus dem Festnetz, Mobilfunk max. 0,42 €/Min).

+++ Die erinnerungswerteste Meldung +++

„Mit dem Gesetzentwurf erfüllen wir außerdem die Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zur Inklusion. Der gemeinsame Unterricht soll dafür zum Regelfall erhoben werden, wenn er sächlich, räumlich, personell und pädagogisch den Anforderungen des einzelnen Kindes entsprechend ausgestattet werden kann. Es bleibt dabei, dass Eltern in Hessen zum Zeitpunkt der Einschulung die freie Entscheidung auch für eine Förderschule haben werden. Wenn Eltern es wünschen, werden ihre Kinder jedoch zunächst an der Regelschule angemeldet.“

(Kultusministerin Dorothea Henzler am 28.09.2010 in einer Regierungserklärung)

Nun gilt das neue Schulgesetz, und man darf gespannt sein, ob das alles so ist. Die Praktiker wissen nämlich, dass Eltern nur in Ausnahmefällen ihr Kind freiwillig und auf eigenen Wunsch in einer Förderschule unterrichtet wissen wollen, besonders bei Lernhilfe- und Erziehungshilfebedarf. Da wird dann ganz schnell klar werden, dass die Ressourcen nicht ausreichen und somit Erwartungen geweckt wurden, die nicht erfüllbar sind. Ausbaden werden es voraussichtlich wieder einmal die (Regel-)Schulen ...

Warnhinweis:

Aus gegebenem Anlass weisen wir darauf hin, dass z. privatwirtschaftliche Firmen unter Hinweis auf angebliche Auslagen bei Veranstaltungen VBE-Mitglieder anrufen und eine Dienstleistung – in der Regel Pensionsberechnungen – anbieten, die selbstverständlich kostenpflichtig ist.

Der VBE arbeitet bei seinen Serviceleistungen grundsätzlich nicht mit privaten Anbietern zusammen und legt auch keine entsprechenden Listen auf. Bitte lassen Sie sich nicht zu einem dubiosen Geschäft überreden, auch wenn diese Firmen wohlklingende Namen benutzen.

Kleine Klassen – ein pädagogisches Erfolgsrezept!?



Prof. Dr.
Volker Ladenthin,
Universität Bonn

In der Diskussion um die Verwendung der sogenannten demografischen Rendite, die sich aus dem Rückgang der Schülerzahlen ergibt, spielt die Forderung nach der Absenkung der Klassengröße eine große Rolle. Vor diesem Hintergrund stehen zwei zentrale Fragen zur Klärung an: Welche Klassengröße ist ideal? Wie kann man das Verhältnis zwischen Finanzierbarkeit und pädagogisch sinnvollem Handeln politisch ausgleichen?

1. Ergebnisse empirischer Studien

Die Antworten der empirischen Erziehungswissenschaften sind widersprüchlich.

Man findet solide empirische Untersuchungen, die möglichst kleine Klassen empfehlen. Man findet solide empirische Untersuchungen, die nachweisen, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen Leistung und Klassengröße gibt.¹ Und es gibt differenzierte, unentschiedene Ergebnisse.² Die Metastudien, etwa die von Weissleder, bestätigen unser Ergebnis: „dass weder im kognitiven noch im nicht-kognitiven Unterrichtsbereich verallgemeinerungsfähige Befunde zu den Effekten unterschiedlicher Klassenbestände bestehen.“³ D. h.: Keine der beiden Positionen allein kann also evidenzbasiertes Handeln legitimieren. Die empirischen Studien geben Antworten, die sich gegenseitig aufheben.

2. Pädagogische Erfordernisse

Der Hauptgrund, warum man Schulen eingerichtet hat, ist, allen Kindern Bildung zu ermöglichen: Bildungsgerechtigkeit. Bildung also auch jenen zu ermöglichen, die sich keinen Privatlehrer, keinen Privatunterricht leisten können – wie in den historischen Zeiten zuvor. (Die Einführung des flächendeckenden Schulsystems in Deutschland ab dem 18. Jahrhundert ersetzt das Haus-

lehrerprinzip bzw. das Anlernen im Alltag.)

Bildung ist das Kerngeschäft der Schule, was natürlich weitere Nebenziele nicht ausschließt. Wenn wir über die richtige Klassengröße nachdenken, müssen wir also fragen: Was dient der Bildung, und nicht nur dem Fach Mathematik oder Deutsch oder Sport oder dem Kind mit oder ohne Migrationshintergrund.

Die Organisation von Bildungsprozessen wäre daher immer dem Bildungsziel nachzuordnen. Zumeist richtet sich die Organisation von öffentlichen Bildungsprozessen nach den finanziellen Möglichkeiten – einen Lehrer pro Kind konnten nur jene Gesellschaften ermöglichen, in denen Bildung das Privileg der Wohlhabenden war. Heutzutage gilt dies als unbezahlbar.

Man sah allerdings das Lernen in Gruppen auch als sozialpädagogische Maßnahme, etwa als Gelegenheit zum sozialen Lernen. Erst unter dieser Perspektive kommt überhaupt eine pädagogische Begründung in die nach Gruppen organisierten Bildungsprozesse. Zuvor waren es ausschließlich ökonomische Gründe. Diese Gründe sind volkswirtschaftlich sicherlich notwendig, aber pädagogisch nicht hinreichend.

Welche pädagogische Antwort lässt sich nun auf die Frage nach der richtigen Gruppengröße formulieren:

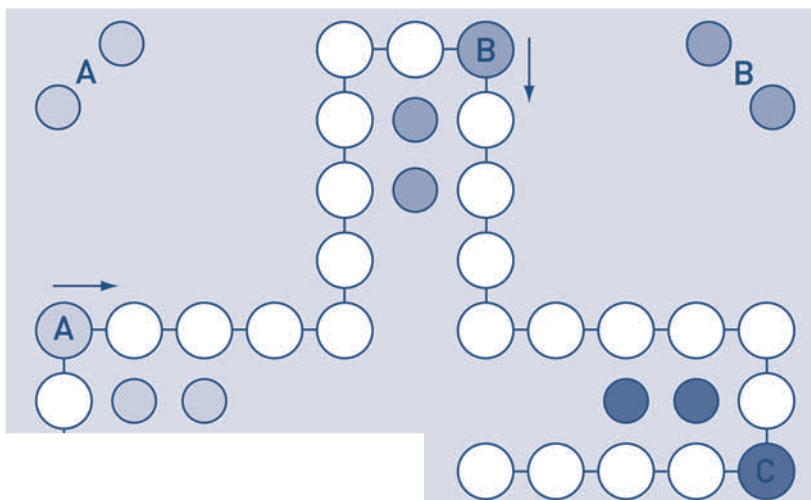
„Die ideale Größe richtet sich nach dem Ziel.“ Aus pädagogischer Sicht kann man ideal jene Gruppengröße nennen, die es ermöglicht, das optimal zu lernen, was man gerade lernen soll.

- Bei der Oberstufen-Information sitzen 120 oder 200 Schülerinnen und Schüler und notieren, was sie machen müssen. Gelernt wird also auch in diesen Massenveranstaltungen.
- Wenn der Chemieraum 18 Experimentierplätze hat, dann ist hierdurch die Kursgröße definiert.
- Will man im Sportunterricht Volleyball lehren, braucht man nur zwölf Spieler – alle anderen müssen auf der Bank zusehen und warten.
- Private Anbieter, z. B. Inlingua oder die Berlitzsprachschulen, bieten Gruppenunterricht an, aber eben auch Einzelunterricht oder sogar – wie es heißt – Premium-Einzelunterricht an: Ich zitiere einmal aus der Werbung: „Einzelunterricht“: „Die intensivste und effektivste Form des Sprachenlernens. Sie tauchen sofort ganz in die Sprache ein und erreichen einen maximalen Lernerfolg innerhalb kürzester Zeit.“⁴

Ganz offensichtlich machen kommerzielle Anbieter die Erfahrung, dass man in ganz kleinen Gruppen oder sogar im Einzelunterricht eine Sprache besser und schneller lernt als in größeren Gruppen.

Und die Kunden scheinen dieses Angebot auch als sinnvoll zu erachten und mit viel Geld zu honorieren. Wartet hier etwa keine ökonomische Vernunft?

Zum gleichen Ergebnis kommen die kommerziellen Anbieter von Nachhilfe.⁵ Sie versprechen ihren Kunden möglichst kleine Gruppen. Für 1,1 Millionen Kinder.⁶ Man kann sagen: Das Geld, das die öffentliche Hand vormittags durch große Klassen spart, müssen die



Eltern nachmittags in die Kleingruppen der Nachhilfe investieren.⁷ Jedenfalls die, die es sich leisten können. Ist das gerecht? Wer Geld hat, bekommt kleine Gruppen, in der Nachhilfe, in Internaten⁸, in kommerziellen Privatschulen⁹ – in denen Klassen mit höchstens vierzehn Schülern geführt werden. Da gilt: Je kleiner, je besser. Und die Eltern, die es sich leisten können, bezahlen es.

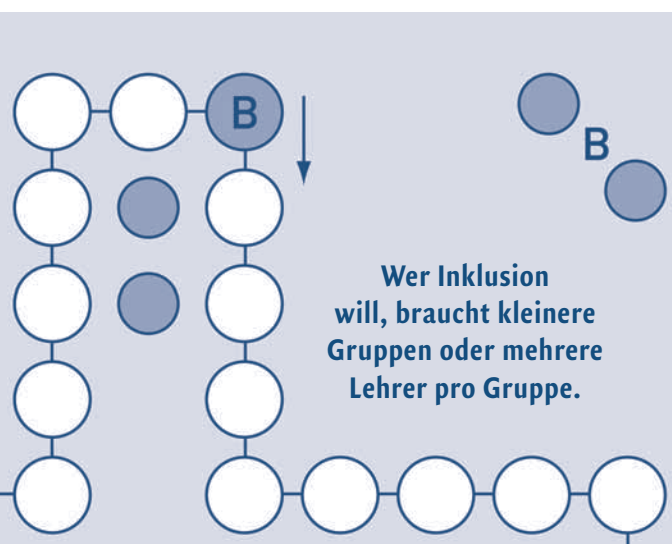
3. Klassengröße und Lehrergesundheit

Bei vielen Untersuchungen zur Bedeutung der Klassengröße wird allerdings eine Gruppe wenig berücksichtigt: Das sind die Lehrer. Hier zeigt der Alltag: Je größer die Lerngruppe, desto höher die individuelle Belastung:

- Bei 30 Schülern ist die Störanfälligkeit einer Klasse (z. B. durch Erkrankungen, Sozialverhalten) schlicht statistisch gesehen größer als bei 20 Schülern.
- Lehrer haben statistisch betrachtet weniger Zeit, auf den Einzelnen einzugehen.
- Die Hausaufgabenkontrolle dauert länger.
- Je größer die Klasse, desto mehr echte Lernzeit geht mit organisatorischen Aufgaben (Verteilen von Arbeitsmaterial) verloren. Zeit, die woanders fehlt. Im Fachunterricht nämlich!

Ganz entscheidend aber ist die Klassengröße für Lehrende in Korrekturfächern. Wir haben dazu ... eine kleine empirische Studie angefertigt. Für einen Lehrenden mit zwei Korrekturfächern würde die Reduktion jeder seiner Klassen um einen einzigen Schüler eine Zeiterparnis von durchschnittlich 4,5 Stunden im Halbjahr bedeuten. Ein Schüler – ein Schultag. Dies ist der Mittelwert, der sich auf die reine Korrekturzeit außerhalb des Unterrichts pro Schüler bezieht. Und hier fehlen noch außerunterrichtliche Pflichten wie

- Klassenkonferenzen,
- Zeugniskonferenzen,
- Lernstandserhebungen,
- Schriftwechsel und Telefonate mit den Eltern.



4. Empfehlungen

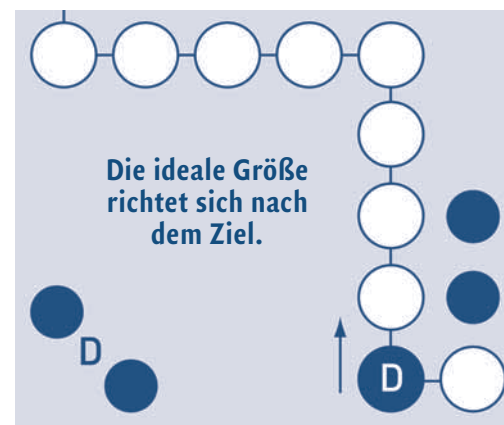
Es gibt sicherlich einige Situationen in der Schule, in denen die Klassengröße einigermaßen unerheblich ist. Aber es gibt eben auch solche Situationen, in denen die Verringerung der Klassengröße erhebliche positive Folgen hat, weil sie die Bedingungen des Lehrens verändern:

- Wer Schulverweigerung und Leistungsversagen einschränken und in der Schule kompensieren will, kann dies nur durch individuelle Ansprache, dafür bleibt nur in kleinen Klassen Zeit.
- Wer Inklusion will, braucht kleine Gruppen oder mehrere Lehrer pro Gruppe.
- Wer integrative Schulen mit Leistungsheterogenität und Differenzierung will, braucht kleine Klassen oder mehrere Lehrer in einer Klasse;
- Wer Hochbegabte fördern will, kann sie nur spezifisch fördern – in Kleingruppen.
- Wer kommerzielle Nachhilfe als Problem der Bildungsgerechtigkeit ansieht, muss die Konsequenz ziehen, die private Nachhilfe-Anbieter ziehen: kleine Gruppen, individuelle Förderung.
- In den MINT-Fächern: Wer Kreide-Biologie vermeiden will, wer Schaubild-Chemie und Lehrbuch-Physik begrenzen möchte, braucht Experimentalunterricht. Der geht, schon aus Gründen der Ausstattung der Fachräume, nur in Kleingruppen.

Aus pädagogischer Sicht ist individuelle Förderung die Handlungsmaxime. Sie ermöglicht Bildungsgerechtigkeit. Wer gute Schulen will, braucht hoch differenzierten Unterricht. Die kontinuierliche Verkleinerung der durchschnittlichen Klassengröße stellt also eine pädagogische Forderung an die Politik da.

Die Folgerung:

Wer es den Schulen ermöglichen möchte, die Gruppengröße nach dem tatsächlich und empirisch messbaren Bedarf zu bestimmen, also je nach Fach, je nach Schülerschaft, je nach Förderbedarf – der muss organisatorisch die Durchschnittszahl so bestimmen, dass schulinterne, d. h. pädagogisch begründete Variationen möglich sind. Dann zahlen sich auch die empirischen Studien aus: Denn sie geben ja an, unter welchen Bedingungen man große und wann kleine Gruppen bilden sollte. Empirisch valide. Empirische Forschung käme hier den Schulen direkt zugute.



- ¹ Vgl. etwa Wößmann, Ludger. In: Info Schnelldienst 58 (2005). H. 17. S. 6–15.
- ² Vgl. etwa: Paulus, Christoph (2009): Der Einfluss der Klassengröße auf Schülerleistungen an Grundschulen. S. 1–14. Online-Version auf: http://bildungswissenschaft.uni-saarland.de/personal/paulus/Artikel/KG_Artikel.pdf. Zugriff am 10.02.2011.
- ³ Weissleder, Manfred (1997): Aspekte der Klassengröße. Analysen zum Forschungs- und Diskussionsstand. Würzburg. Weissleder fährt fort: „... und zudem methodische Unzulänglichkeiten die Ergebnisse verschiedener Untersuchungen infrage stellen.“ (S. 134)
- ⁴ http://www.berlitz.at/de/online_buchen/produktuebersicht/einzelunterricht/total_immersion/index.html.
- ⁵ <http://nachhilfe.schuelerhilfe.de/unternehmen/unternehmensstruktur/qualitaetsmanagement/>: „Seit über 35 Jahren bieten wir individuellen Nachhilfeunterricht

in kleinen Gruppen für alle gängigen Schulfächer von der Grundschule bis zum Abitur.“

- ⁶ Tutt, Heinz: 1,1 Millionen Kinder erhalten Nachhilfe. In: Kölner Stadtanzeiger 28.01.2010 <http://www.ksta.de/html/artikel/1264185793254.shtml>.
- ⁷ Allein von 2003 bis 2005 haben sich die Ausgaben für Nachhilfe um acht Prozent auf mittlerweile 5,4 Milliarden Euro (vgl. Statistisches Bundesamt, April 2007) erhöht. Vgl. <http://www.studis-online.de/HoPo/art-636-bildungsausgaben.php>.
- ⁸ http://www.heinrich-corsten-schule.de/Schule/Kleine_Klassen.html.
- ⁹ <http://www.hebo-schule.de/schule/index.php>.

aus „Schule heute“ 4-2011



Prävention oder Intervention? Schulen können aus einer Vielzahl von Gewaltschutzprogrammen auswählen.

Raufen, Prügeln, Schlichten

(dw). Schwere Fälle von Gewalt gehören an deutschen Schulen nicht zur Tagesordnung. Dennoch kennt wohl jede Schule mal mehr, mal weniger gewalttätige Auseinandersetzungen in ihren Räumen – und würde die gerne verhindern. Aber was wirkt?

Gewalt an Schulen ist immer wieder ein Diskussionsthema – auch wenn es keinen aktuellen Anlass gibt, wie ihn beispielsweise 2006 die Vorfälle an der Rütli-Schule geliefert haben. 5 bis 11 Prozent der Schüler in Deutschland werden regelmäßig Opfer von Mobbing, haben Untersuchungen des Psychologen Herbert Scheithauer von der Freien Universität Berlin ergeben. Knapp 20 Prozent der für die Kölner Studie „Gewalt an Schulen“ befragten Schülerinnen und Schüler gaben an, das Klima an ihrer

Schule sei „aggressiv/gewalttätig“. Konflikte lassen sich an Schulen, wie überall in der Gesellschaft, nie vermeiden, und immer wird es trotz vielerlei anderweitiger Bemühungen Situationen geben, in denen Schüler, aber auch Lehrer oder Eltern auf Gewalt als letzte Ressource zurückgreifen. „Gewalt ist ein kulturelles Phänomen“, beschreibt es der Diplom-Pädagoge Günther Gugel, Ko-Geschäftsführer des Tübinger Instituts für Friedenspädagogik. Genau deshalb aber brauchten Schulen „Möglichkeiten des Umgangs mit Gewalt wie des Verhinderns von Gewalt“.

Linktipp:

„Gewaltfrei Lernen“ verbindet erlebnisreiche Partner-spiele für Soziales Lernen mit einer Konfliktschulung gegen Ausgrenzung, Gewalt und Mobbing. Auf der Homepage www.gewaltfrei-lernen.de finden Lehrkräfte auch die Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation durch das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.

Vielfalt an Programmen

Schaut man sich die Vielfalt an Gewaltpräventionsprogrammen an, die auf dem Markt sind, dürfte es eigentlich kein Problem sein, ein passendes für die eigene Schule zu finden. Die Auswahl ist regional wie überregional riesig. „Komm, wir finden eine Lösung“, heißt beispielsweise das Programm des Deutschen Kinderschutzbundes München, „STUPS – Stark durch Spiel“ das der Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen. „Gewaltfrei lernen“ wurde zunächst nur in Nordrhein-Westfalen angeboten, inzwischen auch in anderen

Vorankündigung für das Jahr 2012:

Deutscher Schulleiter-Kongress,
16./17. März in Düsseldorf

Regionen. Bundesweit bekannt sind das „Faustlos“-Programm des Heidelberger PräventionsZentrums oder das buddY-Programm, das hauptsächlich durch die Vodafone-Stiftung gefördert wird. Knapp zwei Drittel aller Schulen in Deutschland führen denn auch Maßnahmen zur Gewaltprävention durch, wie eine Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen Ende vergangenen Jahres ergeben hat. Von diesen zwei Dritteln verwenden allerdings 70 Prozent kein bereits existierendes standardisiertes Programm, sondern ein selbst entwickeltes Konzept. Das sei nicht per se negativ einzuschätzen, sagt Gugel. Es sei ist aber auch nicht gesichert, dass jedes gut gemeinte Konzept die erhofften positiven Effekte habe.

Evaluation ist wichtig

Dieser Kritikpunkt gilt übrigens für die meisten Programme, auch die externer Anbieter: Nur die wenigsten werden evaluiert – und wenn, dann selten auf wissenschaftlicher Basis, sondern lediglich auf der Grundlage von Gesprächs- oder Feedbackrunden. Damit fehlen aber eindeutige Aussagen über die Wirksamkeit dieser Programme, genauso wie über mögliche Kontraindikationen. Denn auch damit muss man bei Maßnahmen rechnen, die – wie die meisten Gewaltpräventionsprogramme – eine Verhaltensänderung herbeiführen sollen: Was wirkt, hat Nebenwirkungen. Gibt es denn überhaupt effektive Gewaltpräventionsprogramme für Schulen? „Aber sicher“, sagt Gugel, nennt aber statt einzelner Programme lieber Kriterien, die erfolgreiche Programme auszeichnen. Zum einen sei wichtig, nicht nur auf das Verhalten Einfluss zu nehmen, sondern auch auf die Verhältnisse an der Schule einzuwirken und potenzielle Konfliktsituationen von vornherein zu entschärfen. Wer sagt denn, dass alle Schülerinnen und Schüler zur selben Zeit Pause haben und sich auf dem engen Pausenhof drängeln müssen? Stattdessen könnte auch ein Teil der Klassen zunächst Essenspause im Klassenzimmer haben und dann zum Toben nach draußen gehen, während der andere Teil erst Tobe- und dann Frühstückszeit hat.

Eine Voraussetzung, damit ein Gewaltpräventionsprogramm wirken kann: Die Schule muss rechtzeitig anfangen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und nicht erst dann, wenn statt Prävention schon Intervention nötig ist. Außerdem muss das Programm kontinuierlich durchgeführt werden und von der gesamten Schulgemeinschaft getragen werden, vom Lehrerkollegium, von den Schülern und von den Eltern. Wenige, wenn auch noch so engagierte Lehrer können kaum etwas erreichen, vor allem nichts von Dauer. Wichtig sind zudem eine wissenschaftliche Begleitung und die Erfolgskontrolle.

Auch Einzel-Maßnahmen wie Streitschlichter-Ausbildungen können nützlich sein, wenn sie richtig implementiert wurden. Vor allem aber nützen sie denen, die sie machen, sagt Gugel. Das kann Simon bestätigen: „Die Streitschlichter-Ausbildung hat mir persönlich viel gebracht. Ich profitiere noch heute davon“, sagt der 20-Jährige, der inzwischen eine Ausbildung macht und immer wieder für seine „sozialen Kompetenzen“ gelobt wird. In der Schule habe er als Streitschlichter allerdings nicht so viel ausrichten können: „Ist ja auch schwierig, wenn die anderen zu mir kommen müssen, weil der Lehrer sie dazu verdonnert hat, und nicht, weil sie das selbst wollen“, meint er. Seine Erfahrung: „Wenn alles an der Schule stimmt, dann braucht man Streitschlichter kaum.“ Gewaltprävention hat eben viel mit Schulkultur und Schulentwicklung zu tun. Auch das zeigt das Beispiel der ehemaligen Rütli-Schule, die sich inzwischen vom „Schlachtfeld zum Bildungsidyll“ gewandelt hat, wie es der Spiegel kürzlich beschrieb.

Kompakt

Gewaltpräventionsprogramme für Schulen gibt es wie Sand am Meer, doch nicht alle sind nachgewiesen wirksam. Vor allem Einzelmaßnahmen und kurzfristige Interventionen bringen wenig.

Quelle: Klett Themendienst 54 (08/2011)

+++ Die richtigste Meldung +++

„Bildungspolitik braucht keine Parteienideologie – Bildung braucht Verlässlichkeit, Beständigkeit und Nachhaltigkeit.“

(Michael Planck, nach seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender des VBE Mecklenburg-Vorpommern an dessen 9. Landesverbandstag März 2011)

Michael Planck weiß das, der VBE weiß das, viele wissen das! Und wer handelt danach? In Hessen jedenfalls bislang kaum eine der Landtagsparteien – vielmehr fliegen da wie in alten Zeiten bei Schulpolitik immer noch die Fetzen. Und keiner merkt, was bei Umfragen stetig stärker herauskommt, dass die Bürger das satt haben ... Deshalb plädiert der hessische VBE auch unentwegt für einen hessischen Bildungskonsens.

Bücher und andere Medien



Jahrbuch Ganztagschule 2011

Mehr Schule oder doch: Mehr als Schule?
Herausgeber: Stefan Appel, Ulrich Rother
Wochenschau Verlag, 2011
ISBN: 978-3-89974617-4, 24,80 EUR

Eine voll ausgebaute Ganztagschule sollte die Zeit der Kinder und Jugendlichen nicht für „Verunterrichtung“, sondern für anderes, für den Erwerb von Kompetenzen jenseits des unmittelbar schulisch und fachlich Geforderten verwenden. In diesem Kontext bedeutet „mehr als Schule“ auch mehr Verantwortung der Schule: Verantwortung für die Initiierung von Bildungsprozessen, die Kinder und Jugendliche in ihrem sozialen Umfeld nicht zwangsläufig erwerben können, Verantwortung für eine aktive Beteiligung an der Herstellung von mehr demokratischen Strukturen und Chancengerechtigkeit, Verantwortung für Lebens-, Handlungs- und Partizipationsfähigkeit.

Das Jahrbuch Ganztagschule 2011 unternimmt mit seinem diesjährigen Leitthema den Versuch, anhand ausgewählter Beispiele darzustellen, inwieweit Ganztagschule über Unterricht hinausgeht und auf ganz unterschiedlichen Ebenen „mehr als Schule“ ist.



Grundbegriffe der Pädagogik

Andreas Dörpinghaus, Ina Katharina Uphoff
WBG Wissen verbindet, 2011
Best.-Nr. B 23801-9, WBG-Preis: 9,90 EUR

›Grundbegriffe der Pädagogik‹ widmet sich dem begrifflichen Kern der Erziehungswissenschaft. Das Buch ist ideal für Studieneinsteiger, aber auch für jeden, der sich einen grundlegenden Basisüberblick über die maßgeblichen Eckpfeiler der Pädagogik verschaffen möchte.



Einführung in die Kindheitsforschung

Heike Deckert-Peaceman, /
Dietrich, Cornelia / Stenger, Ursula
WBG Wissen verbindet, 2011
Best.-Nr. B 17524-7, WBG-Preis: 9,90 EUR

Das Buch gibt eine grundlegende Einführung in die Kindheitsforschung, begonnen mit der Begriffsklärung über eine historische Darstellung des Fachs bis hin zu den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Somit eignet es sich sowohl für das Studium als auch für die Berufspraxis.

Schule wird Lebensort

Elgrid Messner, Gabriele Hörl
LIT-Verlag, 2011, 152 S.

ISBN 978-3-643-50310-7, 19,90 EUR



Drei Jahre lang ging ein Forschungsteam der Frage nach, welche Gestaltungselemente es sind, die sich förderlich auf das Lernen, das Lehren und den Alltag in „echten“ Ganztagschulen auswirken. Eine solche Schulform bringt neue Möglichkeiten des Unterrichtens und Lernens, aber auch besondere Herausforderungen mit sich. Die Perspektive ist jene der zentralen Akteur(innen)e – der Schüler/-innen, Lehrer/-innen, Eltern, Schulleitungen, Vertreter/-innen der Bildungsverwaltung und der Schulaufsicht. Die Texte und Filme (DVD) eröffnen den Blick auf eine etwas andere, bislang wenig erforschte Schulwelt in Österreich.

Passwords, Phishing und private Daten – sicher leben im Internet

Doug Fodeman, Marje Monroe
TibiaPress, 2011

ISBN: 978-3-935254-18-2, 22,00 EUR



Dieses Buch soll weder Erwachsenen noch Jugendlichen den Spaß am Internet verderben. Im Gegenteil:

es will ein paar Tipps geben, damit der Spaß erhalten bleibt. Niemand sollte sich aus Leichtsinn oder aus Unwissenheit im Internet in Situationen begeben, wo etwas mit ihm gemacht wird, was er nicht will oder was er nicht mehr kontrollieren kann.

- Welche Informationen verrät ein Username?
- Wie erfindet man ein sicheres Passwort?
- Was kann man gegen Cyberbullying tun?
- Wie verhält man sich, wenn's im Chat ungemütlich wird?
- Wie erkennt man Phishing, wie einen Scam-Kontaktversuch?
- Welche Selbstschutzregeln gibt es für Instant Messaging und in sozialen Netzwerken?
- Wie schütze ich meine persönlichen Daten?

Dieses Buch sorgt dafür, dass Ihr Abenteuer im Internet so sicher wie möglich wird. Es geht dabei nicht um Verbote, sondern um das Vermitteln von Kenntnissen, die dabei helfen, sich vor den Gefahren im Internet zu schützen. Mit rund 100 Übungen zu einzelnen Themen werden die Gefahren erklärt und Lösungsansätze geboten. Jeder kann so eigene Erfahrungen sammeln und diese in der Gruppe reflektieren. Zusätzlich gibt es viele Links zum selbstständigen Weiterarbeiten.

Aus den Regional- und Kreisverbänden

Kreisverband Limburg-Weilburg: Einladung zur Fortbildung „Stressfrei zur Zeugnisnote“

am 8. September 2011 von 14.30 bis 17.00 Uhr,
Erlenbachschule, Freiherr-vom-Hadamarerstr. 13,
65604 Elz

Referentin:

Birgit Bender

Inhalte der Veranstaltung:

Klassenarbeiten, Hausaufgabenkontrollen, Präsentationen, Lernkontrollen, mündliche Beiträge, ... alles fließt in die Zeugnisnote ein. Ein in der Praxis bewährtes Programm hilft die Übersicht zu bewahren und für alle Beteiligten die Notengebung transparent zu machen – ganz ohne Stress!

Grafische Auswertungen geben einen schnellen Überblick über das Leistungsniveau Ihrer Klasse. So machen Sie den Bedarf für individuelle Förderung sichtbar.

Die Handhabung wird gemeinsam geübt und am Ende können Sie das Excel-Programm mitnehmen, sofern Sie einen Stick oder ein Laptop mitbringen.

Dieses Angebot ist vom IQ unter dem Aktenzeichen IQ-0342969-F002647 mit 5 Leistungspunkten akkreditiert.

Kosten:

5 € (für Nichtmitglieder)

Anmeldungen sind ab sofort möglich bei:

Petra Weber-Laßmann, Vorsitzende des VBE-Kreisverbandes Limburg-Weilburg, Tel.: 06431/976874; E-Mail: PetraWeber-Lassmann@gmx.de



Kreisverband Lahn-Dill und Gesamtschwerbehindertenvertretung laden ein zur Fortbildung „BURNOUT im BERUF“

Arbeitsbedingte Erschöpfung erkennen –
Stress reduzieren – präventiv handeln

Termin: 17.11.2011, 15.00 bis 18.00 Uhr

Referent:

Florian Langner (M. A.); Spezialseminare für Betriebs- und Personalräte; Personalverantwortliche, Interessenvertreter und Führungskräfte

Burnout – ein Zustand psychischer Erschöpfung – ist ein häufig anzutreffendes Phänomen in der Arbeitswelt. Dahinter steckt ein schleichender Prozess, der – sofern er frühzeitig erkannt wird – jedoch gestoppt und umgekehrt werden kann. Besonders pädagogische Berufe sind von dieser extremen Form von psychosozialen Stress betroffen. In diesem Seminar lernen Sie die frühen Anzeichen des Burnout kennen und setzen sich mit individuellen und innerschulischen Gegenmaßnahmen auseinander.

Inhalt der Fortbildung:

Grundlagen, Prävention, Schulische Intervention und Selbstschutz

Ihr Nutzen:

Sie erkennen Burnout bereits in einem frühen Stadium und kennen individuelle Ansatzmöglichkeiten zur Bewältigung. Sie kennen Maßnahmen, um an Ihrer Schule gegen Burnout vorzugehen und können deren Umsetzung anstoßen und begleiten. Sie können die individuelle Situation an der Schule gezielt analysieren.

Teilnehmerbeitrag:

Für VBE-Mitglieder kostenlos; für Nicht-Mitglieder 7,- € pro Person

Wegbeschreibung:

Auf der B 277 bis zur Herborner Brauerei fahren. Dort rechts in die Alsbachstraße abbiegen. Danach die erste Straße links wählen (Oststraße), die dritte Straße rechts abbiegen (Alte Marburger Str.) und wieder die erste Straße rechts in die Tilsiter Straße abbiegen.

Anmeldungen an:

vbeulrikeschaefer@t-online.de
oder Tel. 06403/9723742
oder Fax 06403/7745044
IQ-Angebots-Nr. 0351545-F005185

Keine Versicherung ist wie die andere.



Wenn es um Ihre Absicherung im Pflegefall geht –
NÜRNBERGER Pflegeversicherung.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNGSGRUPPE
seit 1884

Finanzdienstleister für den Öffentlichen Dienst
NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG, Bezirksdirektion Frankfurt
Rotfeder-Ring 3, 60327 Frankfurt, Telefon 0151 53840043, klaus.jakob@nuernberger.de

+++ Die verwunderlichste Meldung +++

Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) hat das von den Grünen propagierte „Zwei-Säulen-Modell“ für die Schulen in Hessen abgelehnt. „Ein von oben vorgegebenes zweigliedriges Bildungssystem sei genau das, was wir nicht gebrauchen können“, sagte sie gestern im Landtag. „Eine solche Veränderung wird es mit einer Kultusministerin, die den Schulen Ruhe und Verlässlichkeit versprochen hat, nicht geben.“

(aus einer Meldung der Frankfurter Neuen Presse vom 15. April 2011)

Das sagte eine Kultusministerin, die zum 1. August mit dem neuen Schulgesetz und der neuen Mittelstufenschule, der neuen Lehrerausbildung und allerlei weiteren arbeitsintensiven Änderungen wie z. B. Inklusion, Selbstständige Schule und Kerncurricula seit August 2011 Ruhe und Verlässlichkeit gründlich über Bord gespült hat ... Da bleibt einem angesichts solchen Wahrnehmungsverlustes einfach die Spucke weg!

Impressum

„Lehrer und Schule“
Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Hessen e. V.

Herausgeber und Verlag
Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Landesverband Hessen e. V.

Redaktion
Hermann Beck
Im Langenmorgen 29 • 35794 Mengerskirchen
Telefon: (0 64 76) 5 62 Telefax: (0 64 76) 4 19 02 46
E-Mail: h.beck-mgk@t-online.de

Landesgeschäftsstelle
Niedergärtenstraße 9 • 63533 Mainhausen-Zellhausen
Telefon: (0 61 82) 89 75 10 • Telefax: (0 61 82) 89 75 11
E-Mail: vbe-he@t-online.de
Homepage: <http://www.vbe-hessen.de>

Basisgestaltung
Typoly, Berlin | www.typoly.de

Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung
Gebr. Wilke GmbH, Druckerei und Verlag
Oberallener Weg 1, 59069 Hamm

Die offizielle Meinung des VBE geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE wieder. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die Unterzeichnende verantwortlich. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden. Nachdrucke nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

ISSN: 1860-739X

Lebenslänglich ...



© KreevArt - Fotolia.com

... dieselbe Hausratversicherung? Das kann schnell ein teurer Spaß werden!

Wir bieten Ihnen:

- ✓ Jahresbeiträge ab 20,- €
- ✓ Zusätzlich 50% Rabatt für Neumitglieder im 1. Jahr auf den Hausratversicherungsbeitrag
- ✓ Schnelle Schadensabwicklung
- ✓ Persönlicher Ansprechpartner
- ✓ Keine Selbstbeteiligung im Schadensfall
- ✓ Sehr günstige Glasversicherung

FINANZtest 06/2010:
Die HEB-Hausratversicherung gehört zu den preiswertesten.

Für alle öffentlich Bediensteten und deren Angehörige (auch wenn sie selbst nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt sind).

HEB-Hausratversicherung
Darmstädter Straße 66-68 · 64372 Ober-Ramstadt
Telefon: 0 61 54/63 77 77 · Fax: 0 61 54/63 77 57

kontakt@heb.de

www.heb.de



+++Die unnötigste Meldung+++

„Wie ich bereits in der Sommerpause klar gestellt habe, werden alle 15 Standorte der bisherigen Staatlichen Schulämter erhalten bleiben, denn es ist wichtig, dass die Nähe zu den Schulen, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern gewahrt bleibt.“

(aus der Regierungserklärung von Kultusministerin Henzler am 24.08.2011 im Hessischen Landtag)

Diese Erkenntnis hatten die Beteiligten schon lange. Dass sie nun auch dem Kultusministerium einleuchtet, ist nicht zuletzt den Demonstrationen, Kundgebungen und Stellungnahmen der Gewerkschaften zu verdanken – denn so klang das vor den Sommerferien ja nun gar nicht ...

VBE-Beitrittserklärung

VBE-Landesbüro
Niedergärtenstr. 9
63533 Mainhausen-
Zellhausen
Tel. (0 61 82) 89 75 10
Fax (0 61 82) 89 75 11
www.vbe-hessen.de

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VBE-Landesverband Hessen. Meine Angaben dürfen zur Abwicklung VBE-interner Arbeitsvorgänge gespeichert und verarbeitet werden.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, die von mir zu entrichtenden Zahlungen bei Fälligkeit zulasten meines Girokontos durch Lastschrift einzuziehen.

Anrede: Herr Frau

Konto-Nr.

Bankleitzahl

Vorname und Name

Bank/Sparkasse

geb. am

Telefon

Telefax

Kontoinhaber

Straße

Hausnr.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung. Teilinlösungen werden im Lastschriftverfahren nicht vorgenommen.

PLZ

Ort

Datum

Unterschrift

E-Mail

Amtsbezeichnung

Bes.-Gruppe

Lehramt

Fächer

Einsatz in Schulart

im Dienst seit

Dienststelle/Schulanschrift

Ich bin bereit, in den Gremien des VBE Hessen mitzuarbeiten und bitte ggf. um Kontakt.

 Ja Nein Beamter Angestellter Teilzeit mit _____ Std. Pensionär Lehrkraft im Vorbereitungsdienst Student ohne Stelle und Bezüge (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Datum

Unterschrift

Postvertriebsstück D 5119

Gebühr bezahlt

Gebrüder Wilke GmbH

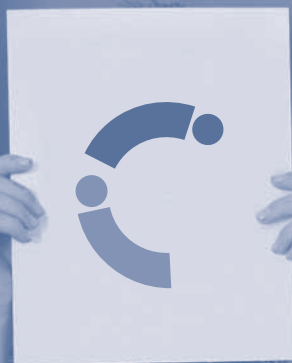
Postfach 2767 · 59017 Hamm

Deutscher Lehrertag 2011

individualisieren



integrieren



inkludieren



Weberbildungstag für Lehrerinnen und Lehrer aller Schulstufen
von VBE, VdS Bildungsmedien und Stiftung Partner für Schule NRW

Freitag, 18.11.2011, von 10.00 bis 16.30 Uhr

Kongresszentrum Westfalenhallen Dortmund • Rheinlanddamm 200, 44139 Dortmund

Programm

- 10.00 Uhr **Begrüßung**
Udo Beckmann, VBE-Bundesvorsitzender
Wilmar Diepgrond, Vorsitzender des VdS Bildungsmedien
Dr. Bernd Althusmann,
Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK)
- 10.30 Uhr **Hauptreferat:**
„Gemeinsam lernen – aber wie?
Anregungen zum Umgang mit
Heterogenität in der Klasse“
Dr. Heinz Klippert
(Erziehungswissenschaftliches Fort- und
Weiterbildungsinstitut der evangelischen Kirchen
in Rheinland-Pfalz)

- 11.30 - 12.00 Uhr **Pause, Besuch der Bildungsmedienausstellung**
- 12.00 - 13.00 Uhr **Workshoprunde 1**
- 13.00 - 14.00 Uhr **Mittagspause,
Besuch der Bildungsmedienausstellung**
- 14.00 - 15.00 Uhr **Workshoprunde 2**
- 15.00 - 15.30 Uhr **Pause, Besuch der Bildungsmedienausstellung**
- 15.30 - 16.30 Uhr **Workshoprunde 3**
- 16.30 Uhr **Ende des Deutschen Lehrertages**

Anmeldung zum Deutschen Lehrertag online ab 15. September 2011
Weitere Hinweise unter www.deutscher-lehrtag.de
Anmeldeschluss: 15. Oktober 2011
Teilnahmegebühr incl. Mittagessen: 25,- € (VBE-Mitglieder 15,- €)